

Sofortinformation von der 2. Landesvorstandssitzung am 13. Juni 2017

Nach erfolgter Protokollkontrolle wurden die Mitglieder des Landesvorstandes von Dr. Rosemarie Hein in der aktuellen Verständigung zunächst über die Arbeit der Bundestagsfraktion DIE LINKE informiert. Dazu lag dem Landesvorstand eine schriftliche Information von Rosemarie vor. In der Bundestagsfraktion wurde u.a. die drohende Autobahnprivatisierung, der Abzug der Bundeswehr aus Incirlik und Konya sowie der NATO-Gipfel, der G 7-Gipfel und der G 20-Gipfel thematisiert. Ferner wurden die Anträge zur nächsten Sitzungswoche beschlossen. Die Bundestagsfraktion hat **gegen** den Änderungsantrag zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 90, 91c, 104b, 104c, 107, 108, 109a, 114, 125c, 143d, 143e, 143f, 143g), und damit auch zur Autobahnprivatisierung, gestimmt. Für diese Entscheidung wird sie eine Argumentation veröffentlichen.

Andreas Höppner berichtete im Rahmen der aktuellen Verständigung über die Arbeit der Landtagsfraktion DIE LINKE u.a. über das neue Personalvertretungsgesetz und zur Änderung des Kinderförderungsgesetzes. Die Antwort auf die Große Anfrage zu den Lebensverhältnissen von Kindern im Land wird zum September erwartet. Im Anschluss folgte eine detaillierte Auswertung des Bundesparteitages in Hannover. Die ruhige und sachliche Leitung von Mathias Höhn wurde positiv durch den Landesvorstand hervorgehoben. Kritisch wurde hingegen angemerkt, dass die Inhalte, welche zuvor in den Programmkonferenzen erarbeitet wurden, sich wenig im Wahlprogramm wiederfanden.

Der Antrag von Paul Reinhardt zum Jugendparlament wurde intensiv diskutiert. Der Austausch zur politischen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen soll fortgeführt werden. Mit unterschiedlichsten Kommunikationspartnern wie dem Jugendverband, der Landtagsfraktion, die LAG Kommunalpolitik, den Vertretern von Kinder- und Jugendbeiräten sowie dem Landesschülerrat sollen u.a. weitere Erfahrungsaustausche initiiert werden. Ziel ist es eine breite Streuung der Thematik zu schaffen und neue Erkenntnisse im wechselseitigen Miteinander zu generieren. Der Entwicklungsstand soll in ca. einem halben Jahr erneut im LV aufgerufen werden. Weiterhin verständigte sich der Landesvorstand über das Verfahren zum überwiesenen Antrag des Jugendverbandes zum Thema Migrationspolitik. Dieser soll breit mit Genossinnen und Genossen des Landesverbandes in geeigneten Formaten diskutiert werden. Ferner wurde die AG Asyl & Migration beauftragt diese Diskussion aktiv zu begleiten.

Der Terminplan des Landesvorstandes wurde mit einer Änderung beschlossen. Zum Tagesordnungspunkt Finanzen gab es keine Anmerkungen oder Beschlüsse. Unter Sonstiges folgten Hinweise zur Internetpräsenz des Landesverbandes.